

Kritik an Gefängnis-Schließung

Frankfurt (MOZ) Der Behördenstandort Frankfurt wird weiter geschwächt. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) kündigte gestern die Schließung der Haftanstalt in Frankfurt an. In diesem Jahr hatte die Landesregierung bereits die Verlagerung des Polizeipräsidiums von Frankfurt nach Potsdam beschlossen.

Oberbürgermeister Martin Wilke (parteilos) zeigte sich gestern überrascht von der Ankündigung der Schließung der Haftanstalt in Frankfurt. "Es ist nicht hinzunehmen, von der Schließung der Justizvollzugsanstalt aus den Medien zu erfahren. Zumal wir andere Signale aus Potsdam hatten", sagte er. Wilke erwartet nun umgehend eine offizielle Information und Begründung durch die Landesregierung. Mit der geplanten Schließung der Haftanstalt sollen 155 Haftplätze im Land entfallen. Und die rund 70 Mitarbeiter sollen in anderen Gefängnissen arbeiten können, heißt es aus Potsdam.

Die Landtagsabgeordnete Kerstin Meier (Linke) hat für die kommende Landtagssitzung eine dringende Anfrage eingereicht. Sie will unter anderem wissen, wie künftig die Landesliegenschaft der Justizvollzugsanstalt verwertet werden soll. "Angesichts wegfallender Stellen durch die Polizeireform und anstehender Debatten im Rahmen der Verwaltungsorganisation halte ich die Schließung des Gefängnisses für mehr als fraglich", betonte sie. Der SPD-Fraktionschef Andreas Spohn sagte: "Es hat den Eindruck, dass die Landesregierung Frankfurt weiter vom Land abkoppeln will." Er erinnerte auch an die angekündigte Zentralisierung der Schulaufsicht in einer Landesbehörde voraussichtlich in Potsdam, die zu einer Reduzierung der Mitarbeiter im Frankfurter Schulamt führen würde.

Der Beigeordnete für Bildung Jens Marcel Ullrich (SPD) sieht in einer solchen Zentralisierung eine Fehlentscheidung. "Die fachliche und regionale Kompetenz ginge mit der Zentralisierung verloren", befürchtet Ullrich. Die Berlin und Potsdam fernen Regionen würden durch falsche Entscheidungen der Landesregierung immer mehr ihrer Identität beraubt. Auch Hans Dieter Wachner (Bürgerbündnis) kritisiert die beabsichtigte Zentralisierung der Schulaufsicht. Er sieht in der verminderten Schulaufsicht vor Ort vor allem einen Qualitätsverlust. "Aufgabe des Schulamtes ist auch die Beratung und Hilfe für Schulen vor Ort. Dies kann dann künftig nur noch sehr eingeschränkt wahrgenommen werden", befürchtet Wachner. Der ehemalige Stadtschulrat für Frankfurt verweist auch darauf, dass in Berlin die Zusammenlegung der Bezirksschulämter zu einem Landesschulamt inzwischen wieder rückgängig gemacht wurde.

9 Kommentare

12.12.2011 11:52:47

Der Bürger

Eine Frage an Polizei, BGS, Zoll und unsere Stadt-und Landesvertreter

Wieviel Auto's fahren noch auf den Straßen in Ostbrandenburg? Wieviele werden es wohl noch sein, wenn die JVA in Frankfurt schließt?

Dann müssen nämlich potenzielle Gefangene erst zu den Gerichten und dann quer durch das Land nach Cottbus geschafft werden.

Das sind dann ca. 2 Std. hin und 2 Std.wieder zurück.

Sollte es in dieser Zeit zu Unfällen , Einbrüchen, Diebstählen Körperverletzungen o.ä.kommen ist ja vielleicht ein anderes Fahrzeug in der Nähe, oder auch nicht.

Es könnte mit Bestehen der JVA in Ffo. natürlich auch wie immer anders sein .(Fahrzeit ca.10 min.)

Aber wer will das schon. Wir haben doch genügend Polizei auf den Straßen.

Der Steuerzahler wird sowiso nicht gefragt.

Und was sagen die Stadt- und Landespolitiker der Region?

Ich würde sagen überlegt euch, ob ihr diese Schließung bei Polizeireform und Flughafen Schönefeld (weiterer Abzug von BGS und Zoll) hinnehmen wollt.

Was weg ist ist weg und wieder ein Stückchen Sicherheit auch.

12.12.2011 11:09:48

Friesenrolf

Platzeck und seine Regierungsparteien/-politik

"Unser Landesvater" und seine Regierungskoalition werden ihre Quittung für die jetzige Politik bei der nächsten Landtagswahl (leider erst 2014) bekommen - hoffentlich!!! Hauptsache die Wähler vergessen seine jetzige Politik nicht und lassen sich von noch zu verstreuten Rosinen in Potsdam-fernen Regionen kurz vor der Wahl 2014 blenden. Vielleicht kommt ja 2013 noch eine Polizeireform, oder FF braucht ein größeres Gefängnis als jetzt, oder ganz wichtig wäre ein Forschungsinstitut in FF ab 2014 usw. usw. Ergo, schreibt Eure Merkzettel voll!!!

11.12.2011 17:05:18

Der Wärter

Bauernopfer für den Koalitionsfrieden

Was ist denn das für eine handwerklich schlecht gemachte Politik? Mit einer solchen Begründung die JVA Frankfurt(O.) zu schließen, zeugt nicht unbedingt von fachlicher Kompetenz Herr (RA a.D.)Schöneburg. Ich glaube Sie bedienen hier nur Ihren Koalitionspartner, insbesondere Herrn Woitke, der schließlich auch bei den Gerichtsbezirken kleinbei gegeben hat. Das die Haushaltsslage im Land präkar ist, kann nicht schöngeredet werden, aber bei Ihrer Entscheidung kann ich keinen fiskalisch nennenswerten Beitrag erkennen. Es bleibt der bittere Beigeschmack einer politisch motivierten Vorgehensweise.

MfG

Ein noch nicht eingeschlafener Wähler

11.12.2011 10:18:40

na hallo

Kritik an Gefängnis-Schließung

Der OB regt sich auf, dass er das aus der Presse erfährt. Der ist doch der der alles der Presse überlässt. Warum brauchen wir noch nen Knast? Die polizei ist doch nach seinen willen weg. Die Bürger wurden doch nicht gefragt? An der Grenze war doch ein Poliezeirivier am günstigsten, keiner wolte es! Die Politik hat sich doch abgeschottet? Alles war da, Zellen, Anschlüsse für PCV, Telefon, Parkplätze usw., aber keiner hatte es wollen.

Da braucht auch keiner die JVA!

Machen wir aus dem ein kleines Erlebnishotel.

MfG

10.12.2011 10:47:18

ROESSLGAENGER

Kredit verspielt

Den Kredit den Platzeck als Umweltminister 1997 bei der Hochwasserbekämpfung in Ostbrandenburg gewann, hat er inzwischen mehr als verspielt. Das was der Oder damals nicht gelang, nämlich diesen Landstrich untergehen zu lassen, schafft nun peu à peu die unsägliche Politik dieser Landesregierung. Werden Behörden geschlossen, wer blutet zuerst: FF! Frankfurt möchte mit dem Fraunhofer- Institut Industrieforschung in seinen Mauern ansiedeln, wer blockiert: Die Landesregierung, für die Brandenburg offenbar hinter Wildau zu Ende ist. Stattdessen liest man, dass in Potsdam- Golm der Grundstein für ein neues Forschungszentrum gelegt wurde. Ich fordere von den Frankfurter Politikern, egal welcher Couleur endlich in Potsdam deutlich ihre Stimme zu erheben und zu sagen: Bis hierher und nicht weiter. Für die zuletzt erlittenen Verluste an öffentlichen Arbeitsplätzen sollte es Kompensierung geben. Z.B. sollte das LGB komplett in FF angesiedelt werden, wie es einst unter Stolpe geplant war! Platz genug wäre ja im heutigen Gefängnis!

P.S. Konsequenz wäre von den Frankfurter SPD- und Die Linke- Mitgliedern, ihre Parteimitglied-

schaft vorerst ruhen zu lassen! Damit würden sie beweisen, dass sie ihren Wählern und nicht ihrem Parteibuch verpflichtet sind!

09.12.2011 19:55:37

Landratte

Zentrale Planwirtschaft

Wo sind sie zur Schule gegangen, die Koalitionäre in Potsdam. Sie haben das Gelernte nicht vergessen und führen das Land Brandenburg wie die ehemalige DDR. Doch diesmal von Potsdam aus. Ein neuer Palast wird auch bald fertig.

Der Speckring wird um die Landeshauptstadt gelegt und alle Behörden werden in Potsdam ansässig sein. Die zentrale Machtausübung wird perfektioniert.

Pech gehabt, wer da noch zwischen Wriezen und Seelow oder anderswo wohnt.

Mal sehen, wann die Europauniversität Frankfurt (Oder) der Uni Potsdam angeschlossen wird und die Fakultäten verlegt werden.

Das alles wird von zwei sogenannten Volksparteien organisiert.

09.12.2011 12:51:40

lupo

@malteser

Da alle Diebe und Einbrecher aus Osteuropa ungehindert und unerkannt mit dem Diebesgut die Grenze passieren können, so wie laut Polizeibericht der MOZ und auf den Internetseiten der Polizeidirektion Ost seit dem 25.11.11 in MOL keinerlei Kriminalität mehr stattfindet, werden logischerweise auch keine Haftplätze mehr in Ffo. benötigt. Statt dessen werden die Delinquenten quer durch Brandenburg spazieren gefahren.

Paßt doch alles wunderbar zur Polizeireform des Herrn Woidke.

09.12.2011 11:31:16

malteser

Was für ein Widerspruch

Die Begründung für die Schließung der Jva ist der Witz des Jahrhunderts.

Werden die Straftäter jetzt mit Hausarrest belegt. Ach nein es gibt ja keinen Anstieg der Kriminalität. Wenn wir weniger Plätze in den JVA's brauchen, brauchen wir auch weniger Richter und Polizisten. Alo Polizisten und Richter ab in die Produktion. Ach da gibt es ja in unserer Region auch kaum etwas. Also wurschtelt in Potsdam weiter rum und bleibt bitte in Zukunft zu Hause wenn im Osten des Landes gefeiert wird, wie es uns hier geht interessiert euch doch wenn es einen schönen Artikel und ein schönes Foto gibt.

09.12.2011 10:55:01

Beobachter

Zentralisierung!

Sicherlich ist ein Gefängnis keine Einrichtung die eine Stadt positiv prägt. Frankfurt hat allerdings schon ganz andere Federn lassen müssen. Es ist jedoch nicht mehr hinnehmbar wie Potsdam sich auf Kosten des Landes zunehmend mästet. So wird dann irgendwann aus dem Land Brandenburg ein einziger Kreis Potsdam, von wo aus alles geregelt und gesteuert wird.

Was kann die Stadtverwaltung dagegen tun außer sich betroffen zeigen?